



**FREIE WÄHLER
Vaterstetten e.V.**

Pressedienst

Alpenrosenstr.15

85598 Baldham

Tel. 08106 892280

e-mail: info@fw-vaterstetten.de

Agenda 21 Verkehr Fragebogen

13.2.20

Sehr geehrter Herr Dallmann,

zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1.1. Wie kann eine Reduzierung des innerörtlichen Kfz-Verkehrs und damit eine Erhöhung der Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer erreicht werden?

Eine Reduzierung ist aufgrund der Struktur der Gemeinde nur durch freiwilligen Verzicht auf vermeidbare Fahrten - wie z.B. die Bring-und Hol-Fahrten von Schülern - vorstellbar, der gleichzeitig mehr Sicherheit auf dem Schulweg brächte. Ergänzend durch die unter 2. und 3. angesprochenen Maßnahmen. Vorrangig sollte ein weiterer Anstieg durch den von uns geforderten weitgehenden Verzicht auf weitere Verdichtung und Neubaugebiete verhindert werden, was allerdings aufgrund gesetzlicher Regeln (§ 34 BauGB) nur eingeschränkt möglich ist.

1.2. Wie wird sich der Bedarf an Kfz-Stellflächen – auf privatem aber auch auf öffentlichem Grund – nach Ihrer Meinung entwickeln?

Durch die Stellplatzsatzung ist sichergestellt, dass bei Neubauten i.d.R. genügend Stellplätze zur Verfügung stehen. Auf dem öffentlichen Grund wird der Bedarf abhängig von der Verdichtung trotzdem zunehmen (Besucher, Lieferanten, Einkaufsverkehr ...).

1.3. Halten Sie Änderungen der Stellplatzsatzung für erforderlich? Wenn ja: welche?

Wir haben schon wiederholt gefordert, die seit Juli 2018 angekündigte Überarbeitung der Stellplatzsatzung in einem interfraktionellen Arbeitskreis endlich anzugehen. In diese sollten zum einen Fahrradstellplätze aufgenommen werden, zum anderen darf sie aber nicht dazu führen, dass dann noch mehr Autos auf der Straße stehen oder noch mehr Wohneinheiten auf die Grundstücke gepackt werden. Punktuell wäre eine Reduzierung bei kleinen, S-Bahn-nahen Wohnungen denkbar.

1.4. Wie kann die Garagennutzung zweckbestimmt durchgesetzt werden?

Dazu gibt es gesetzliche Vorschriften, die nur von der Gemeinde durchgesetzt werden müssten. Lt. ADAC ist darüber hinaus auch einen Garagen-Zweckentfremdungs-Satzung möglich. Dies fordern wir in unserem Wahlprogramm.

2.1. Wie stellen Sie sich die Weiterentwicklung des Fahrradstraßenkonzeptes vor?

Bei einem weiteren Ausweis von Fahrradstraßen sind die Erfahrungen des Pilotprojekts (Beethovenstraße) und die Akzeptanz der Bürger zu berücksichtigen.

2.2. Welche Änderungen am Radwegenetz sind erforderlich?

Wünschenswerten Verbesserungen sind durch die überwiegend zu schmalen Straßen enge Grenzen gesetzt. In unserem Wahlprogramm schlagen wir vor, die Möglichkeiten zum Bau von Radwegen durch verstärktes Drängen auf Grundstücksabtretungen zu erweitern. Dies ist aber rechtlich kaum durchzusetzen, sondern von der Bereitschaft der Bürger abhängig. Dies erfordert einen breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage, der mit Blick auf mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer herbeigeführt werden sollte. Ergänzend schlagen wir einen Ausweis von Einbahnstraßen in Verbindung mit mehr Platz für Fuß- und Radwege vor, der aber zu keinem übermäßigen Umwegverkehr mit Mehrbelastung anderer Straßen führen darf.

2.3. Radstellplatzprobleme an Brennpunkten wie Bahnhöfen und Schulen sind zu lösen. Wie?

Eine Verbesserung durch 2-stöckige und absperzbare Stellplätze an den Bahnhöfen wurde auf unsere Anregung hin bereits in Angriff genommen; weitere Schritte müssen folgen. Bzgl. Gymnasium und Realschule verweisen wir auf die Zuständigkeit des Landratsamts.

2.4. Unterstützen Sie den Beitritt zur „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V.“?

Wir haben einem entsprechenden Antrag am 7.11.19 zugestimmt.

2.5. Wie stehen Sie zu einer deutlichen Erhöhung der radfahrbezogenen Investitionen und insbesondere der Schaffung eines verantwortlichen Referats „Radverkehr“ in der Verwaltung?

Die Höhe der Investitionen ist abhängig von den faktischen Möglichkeiten zu baulichen Verbesserungen (s.o.) und die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln, die derzeit durch verschiedene von uns abgelehnte Großprojekte begrenzt sind. Ein eigenes Referat halten wir nicht für erforderlich (siehe aber 4.2.)

3.1. Halten Sie eine Netzerweiterung/-änderung des ÖPNV im Gemeindegebiet für erforderlich? Wenn ja: welche?

Konkrete Streckenverläufe müssen immer wieder anhand des Fahrgastaufkommens und Befragungen überprüft werden, woran wir uns in der Vergangenheit in einem interfraktionellen Arbeitskreis intensiv beteiligt haben. Vordringlich erscheint uns eine Verbesserung der Taktung, vor allem abends und an Wochenenden. Aus Kostengründen ist dazu eine verstärkte Kooperation im Busverkehr mit Nachbargemeinden (S-Bahn-Anschluss) insbesondere für die nördlichen Ortschaften anzustreben.

3.2. Welche bequemen Verknüpfungen von Mobilitätsarten für die unterschiedlichen Teilnehmergruppen können Sie sich vorstellen (Stichwort: Mobilitätszentren)?

Wir schlagen in unserem Wahlprogramm vor, die Verbreitung von Mieträdern insbes. an Bahnhöfen z.B. durch eine Zweckvereinbarung mit MVG Rad zu fördern (siehe Haar). Vorstellbar wären flexible elektrische Kleinbusse (Dolmus, TukTuk) von der S-Bahn zu weiter entfernten Ortsteilen, die aber in den MVV-Tarif eingebunden oder sehr günstig sein müssten (Problem der Finanzierung!)

3.3. Gemeindliche Finanzierungskonzepte der Mobilität müssen priorisiert werden. Wo sehen Sie die Schwerpunkte?

Siehe 3.1. und 3.2., jeweils unter Finanzierungsvorbehalt. Sofern ein gesellschaftlicher Konsens besteht, wäre eine stärkere staatliche Förderung erforderlich.

3.4. Ist für Sie der jetzige ÖPNV-Tarif (ab Dez. 2019) für Vaterstetten passend? Wie stehen Sie zu einem „365 Euro Ticket für alle“?

Er brachte insofern eine Verbesserung, als die Fahrt nach München von 4 auf 3 Streifen reduziert wurde. Im Grundsatzprogramm "Chance Oberbayern" der Freien Wähler wird langfristig ein fahrscheinloser Nahverkehr vorgeschlagen, der die Nutzung für den Einzelnen verbilligen (indirekt zahlen alle, auch die Autofahrer, über Steuern mit), Kontrollkosten ersparen, Defizite vermeiden und zum Umstieg motivieren würde.

4.1. Wie sehen Sie die Rolle des AK in der Gemeinde und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung?

Wir arbeiten über eines unserer Mitglieder im AK mit und haben damit eine indirekte Verbindung zwischen AK und Gemeinderat.

4.2. Wie können das ehrenamtliche Engagement und die Detailkenntnisse im AK besser zum Nutzen aller eingesetzt werden?

Wir können uns einen regelmäßigen Austausch mit dem Straßen- und Verkehrsausschuss vorstellen.

Abschlussfrage:

Kann Vaterstetten 2040 in ausgewählten Teilbereichen eine autofreie Gemeinde sein?

Nein. Die weitläufige Struktur und Situierung von Geschäften lassen dies nicht zu. Allerdings wird auch Vaterstetten dem allg. Wandel im Autverkehr folgen. Die Autos werden sich gegenüber den heutigen verändern, Car-Sharing und andere Mobilitätslösungen werden an Bedeutung gewinnen. Der Anteil an individuellen Fahrzeugen könnte zurückgehen.

Dieser Effekt könnte allerdings durch weiteren Zuzug zunichte gemacht werden, weshalb wir eine Stabilisierung der Einwohnerzahl in der Region anstreben, was angesichts der hohen Fluktuation nicht mit Abschottung zu verwechseln ist.

Mit freundlichem Gruß



Herbert Uhl
Pressesprecher